

Erklärung zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch. Bertold Brecht

Der 8. Mai 1945 gehört zu den wichtigsten Daten des 20. Jahrhunderts. Er markierte nicht nur das Ende des bislang furchtbarsten und opferreichsten Krieges in der Geschichte. Dank des Sieges der Antihitlerkoalition über die faschistischen Aggressoren wurden die Völker vom Absturz der menschlichen Zivilisation in die schlimmste Barbarei gerettet, der durch die Welteroberungspläne der Machthaber des "Dritten Reichs" drohte. Deshalb ist der 8. Mai 1945 für immer als Tag der Befreiung vom Faschismus in die Geschichte eingegangen.

In ganz Europa, ja weltweit bereitet man sich auf den 60. Jahrestag dieses historischen Ereignisses vor. Auch in Deutschland wirft er seine Schatten voraus. Das ist verständlich, tragen doch in unserem Land die Öffentlichkeit wie die Regierung und das Parlament eine besondere Verantwortung, den 8. Mai 1945 wahrheitsgetreu in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen und seine bleibenden Lehren zu ziehen, das gemeinsame Vermächtnis aller antifaschistischen Kämpfer zu verwirklichen. Deshalb wenden wir uns entschieden dagegen, wenn die Rolle der eigentlichen Urheber des Vernichtungskriegs bagatellisiert und ihre Schuld an seinen Folgen geleugnet wird. Damit werden alte Mythen wieder belebt und neue verbreitet, sei es durch elektronische Massenmedien oder eine wachsende Flut von Publikationen. Noch verwerflicher sind die von Gerichten immer wieder zugelassenen Kundgebungen neonazistischer Kräfte, auf denen Untaten der faschistischen Aggressoren sogar verherrlicht werden.

Der Zweite Weltkrieg war kein unvermeidbares Naturereignis. Er wurde von den politischen, militärischen wie wirtschaftlichen "Eliten" des Deutschen Reichs, zumindest seit 1933, bewusst vorbereitet. Die Eroberung fremden „Lebensraums“ mit dessen Rohstoffquellen, sowie andere expansionistische Absichten gehörten wie der brutale Völkermord zu den perversen Plänen der Urheber des Krieges. An ihrer Verwirklichung hielten sie vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 fest.

Sie trugen damit die Verantwortung für die vielen Millionen von Toten und Krüppeln, die der Krieg forderte, für die schlimmen materiel-

len Zerstörungen in fast allen europäischen Staaten, auch in Deutschland selbst. Das darf nicht vergessen werden! Dem Vernichtungskrieg mit dem Ziel einer "Neuordnung Europas" im Interesse des deutschen Großkapitals und seiner Profitgier war die Errichtung eines brutalen Terrorregimes in Deutschland selbst, vorausgegangen. Es richtete sich gegen alle politischen Gegner des faschistischen Regimes, die in Konzentrationslagern eingekerkert wurden.

Tausende deutsche Antifaschisten, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, auch viele Angehörige des Bürgertums wurden eingekerkert und ermordet, nicht zuletzt weil sie sich gegen die Vorbereitung des Krieges durch die NS-Machthaber gewandt hatten. Bewusst geplant hatten die Aggressoren den als "Endlösung der Judenfrage" angestrebten Holocaust. Zu seinen Opfern wurden fast 6 Millionen jüdische Bürger Europas, darunter auch 200 000 Deutsche. Das nazistische Überwachungs- und Terrorsystem, dann aber auch die um sich greifende Hoffnung nicht weniger Deutscher auf einen Endsieg in einem Blitzkrieg trugen zu einem Nachlassen des antifaschistischen Kampfes in Deutschland bei. Erst angesichts der bevorstehenden deutschen Niederlage und der damit drohenden nationalen Katastrophe Deutschlands erweiterte sich wieder das Spektrum des Widerstands.

Ein wirksamer Beitrag zur Niederringung der faschistischen Barbarei war jedoch weder dem zivilen noch dem militärischen Widerstand vergönnt. Dennoch sollten der Mut und die Opferbereitschaft aller, die das faschistische Regime und seinen Vernichtungskrieg bekämpften, am Tag der Befreiung vom Faschismus ehrenvoll gewürdigt werden. Die Widerstandskämpfer in der tiefsten Illegalität, die politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, Deutsche im Exil genauso wie die Männer des 20. Juli und die Soldaten, Offiziere und Generale, die sich dem Nationalkomitee "Freies Deutschland" angeschlossen hatten, verkörperten das andere, das bessere Deutschland. Den entscheidenden Beitrag zum Sieg im Befreiungskampf der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition und damit zur Rettung der menschlichen Zivilisation leistete die Sowjetunion mit ihrer Armee. An der Ostfront wurde 1941 vor Moskau erstmals die von den faschistischen Eroberern verfolgte Strategie des "Blitzkrieges" durchkreuzt, am Jahreswechsel 1942/43 in Stalingrad die Wende des Krieges erzwungen und in der Folge das Gros der Wehrmacht besiegt. Weltweit fand die-

se mit so vielen Opfern erkämpfte Leistung schon im Krieg wie danach ihre Anerkennung.

Mit der lange versprochenen Landung der alliierten Truppen in der Normandie wurde 1944 der Zwei-Fronten-Krieg zur Realität und damit die Abschlussphase des Krieges beschleunigt. Dennoch setzte die politische wie militärische Führung Hitlerdeutschlands den jetzt vollends aussichtslos gewordenen Krieg bis zum bitteren Ende fort. In ihrer abenteuerlichen Manier versuchte sie bis zum Mai 1945 einen Keil in die Antihitlerkoalition zu treiben. Dabei gebärdete sie sich bei ihren Anbiederungsmanövern vor allem als angeblich unentbehrliche Verteidigerin des "Abendlandes" vor den "asiatischen Horden des gottlosen Bolschewismus". So kamen auf ihr Blutkonto weitere Millionen Opfer, vor allem auch deutsche, darunter Frauen und Kinder, die im Bombenhagel umkamen oder auf Weisung der NS-Behörden vor den anrückenden Truppen der Sowjetarmee flüchten mussten.

Die Antihitlerkoalition bestand ihre Prüfung vor der Geschichte. Sie bewies, dass Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung effektiv im gemeinsamen Kampf um die Rettung der menschlichen Zivilisation vor den Anschlägen eines Terrorregimes, das in seinem Hegemoniestreben vor keinem Verbrechen zurückschreckte, zusammenwirken können. Aus der Antihitlerkoalition ging die Organisation der Vereinten Nationen hervor, die sich als Hauptziel die Gewährleistung eines dauerhaften und stabilen Weltfriedens stellte. Das auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam von den führenden Staatsmännern der Antihitlerkoalition bekräftigte Gelöbnis, die bewährte Zusammenarbeit fortzusetzen, sollte sich aber nicht erfüllen. Der nur zu bald einsetzende Kalte Krieg beschwor nicht nur einmal die Gefahr einer nuklearen Katastrophe herauf.

Von Anfang an war auch Deutschland in den Kalten Krieg einbezogen. Die anfängliche Zusammenarbeit der Besatzungsmächte im Alliierten Kontrollrat wich ihrer zunehmenden Konfrontation. Westdeutsche Politiker hatten einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung, waren mitverantwortlich dafür, dass es zur Spaltung Deutschlands kam und die Konfrontation zwischen den beiden deutschen Staaten weltweite Auswirkungen hatte. Ihre Staatsgrenze wurde zur Frontlinie im Kalten Krieg. Erwiesenermaßen wurden in Ost und West recht unterschiedliche Schlussfolgerungen aus der NS-Zeit und dem

verbrecherischen Krieg gezogen, obwohl in ganz Deutschland, in Ost wie West zunächst gleiche oder wesentlich ähnliche Vorsätze vorherrschten und in programmatischen Erklärungen aller Parteien ihren Niederschlag fanden.

Der Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" fand im ganzen deutschen Volk ein zustimmendes Echo. Das Kriegsende wurde 1945 zunächst zwar mehr als Zusammenbruch jeglicher bestehender Ordnung und nicht als Befreiung von den schlimmsten Feinden und Verderbern der deutschen Nation betrachtet. Doch bald setzte sich die Erkenntnis durch, dass nicht nur die Hauptschuldigen aus der politischen und militärischen Führung des „Dritten Reichs“ bestraft werden müssten, sondern auch jene politisch wie wirtschaftlich zu entmachten seien, die das NS-Regime in ihrem ureigenen egoistischen Interesse 1933 inthronisiert und dann am Krieg wie schon an seiner Vorbereitung profitiert hatten. Volksentscheide mit fast gleichartigen eindeutigen Ergebnissen in Sachsen und Hessen wie andere Initiativen zu demokratischen Reformen bewiesen das. Das Auseinanderdriften zwischen Ost und West, noch mehr der dann entstandenen zwei deutschen Staaten war nicht nur eine Folge des Kalten Krieges. Es war auch davon bestimmt, dass sich führende Politiker an ganz unterschiedlichen Traditionen der deutschen Geschichte orientierten. Vieles von dem, was nach 1945 als überwindbar galt, prägt wieder die Gegenwart in Deutschland. Drohung mit der Anwendung von Gewalt, militärische Interventionen im Ausland, die Teilnahme an völkerrechtswidrigen Kriegen gehören heute wieder zu angeblich legitimen Mitteln der Politik, obwohl sie im Widerspruch zu den aus dem faschistischen Angriffskrieg gezogenen Lehren, darunter wichtigen aus ihnen abgeleiteten Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik stehen.

Nicht minder gefährlich ist der neue Auftrieb, den neonazistische Kräfte bei ihrer völkischen wie sozialen Demagogie und der Verherrlichung des faschistischen "Dritten Reichs" erhalten. Mit gerichtlicher Genehmigung und unter Polizeischutz können sie sich zu den Traditionen und Zielen des verbrecherischen Hitlerkriegs, zu Rassismus und völkischen Ideen bekennen und Antifaschisten wie jegliche Demokraten verleumden. Das ist besonders bedrohlich in einer Zeit, in der wir weltweit eine zunehmende Militarisierung der Außenpolitik, die Führung von Aggressionskriegen, insbesondere durch die USA und die

NATO und eine unheilvolle Nichtachtung der auf Gewaltverbot und souveräne Gleichheit der Staaten beruhenden UN – Charta feststellen müssen. Ein imperium americanum ist kein Konzept einer globalen Friedensordnung. So sind die Lehren des 8. Mai 1945 und seiner Vorgeschichte heute aktuell wie nie zuvor.

Wir rufen dazu auf, das kommende 60. Jubiläum eindeutig und überzeugend als bleibende Erinnerung an den Tag der Befreiung zu begehen. Gerade in Deutschland muss er unvergessen und Mahnung an zukunftsorientiertes Nachdenken bleiben.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde; Berliner Alternatives Geschichtsforum; Europäisches Friedensforum

Die GBM führt am 7. Mai 2005 14⁰⁰ Uhr im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin eine festliche Veranstaltung zur Würdigung des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch.

Geschichte und Verantwortung

Am 16. Juni 1994 erschütterte eine Explosion die kleine Stadt Torgau. Was war geschehen?

Die Brücke der Begegnung, auf der sich am 25. April 1945, vor nunmehr 60 Jahren, sowjetische und amerikanische Soldaten die Hände reichten, war gesprengt worden. Sie war – so Experten – überaltert und der Erhalt wäre zu teuer.

Die Sprengung erfolgte trotz internationaler Proteste, ging es doch um ein Symbol für das Ende des blutigsten Krieges der neueren Geschichte, um ein Symbol des Sieges der Anti-Hitlerkoalition über den deutschen Faschismus, um ein Symbol der Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden. Dieses Symbol war also mit der Sprengung entsorgt.

Der weitere Verlauf der Geschichte sollte bald zeigen, dass diese Art der Geschichtsbewältigung (selbst wenn es die Initiatoren von damals nicht als solche gedacht hatten) auf die eine oder andere Weise Nachfolger haben würde.

Der Untergang des realen Sozialismus schaffte die lang ersehnten, lange angestrebten Freiräume für eine Globalisierung kapitalistischer Wirtschaft im Interesse des Maximalprofits und im Gleichschritt damit für den Prozess der Umdeutung, Neudeutung – der Revision der

Geschichte. Die vermeintlichen Sieger der Geschichte haben die Deutungshoheit und haben dabei die Unterstützung von Reformern verschiedenster Couleur.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben sich Medien aller Art in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Die Menschen werden Gefangene einer neuen Macht, die sich das Ziel gestellt hat, ihr Fühlen und Denken und schließlich ihr Handeln in den Dienst des bürgerlichen, neo-konservativen Gesellschaftsmodells zu stellen. Dazu gehört auch, dass „neue Wahrheiten“ formuliert werden, die kritiklos, ohne Hinterfragen übernommen werden sollen und leider oft auch werden.

Was Wunder, wenn in diesem Zeitgeist konservative Politiker in CDU und CSU ein Gedenkstättenkonzept auf den Weg bringen möchten, mit dem Faschismus und Sozialismus auf eine Stufe gesetzt werden sollen.

Meist mit dem Schein der „objektiven Betrachtung“ werden auch „neue Wahrheiten“ über die Ursachen von Krieg und Faschismus, über Beginn und Ende des II. Weltkrieges, verbreitet.

Anfangs verhalten, aber nunmehr immer gezielter wird die Geschichte des II. Weltkrieges sowie die nachfolgenden, unter dem Druck der Völker erzwungenen Schritte zur Verurteilung der Schuldigen an dieser Katastrophe, zur Sicherung einer friedlichen Welt, „neu“ gedeutet, ja umgeschrieben.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die „neue Geschichtsschreibung“ mit den Feiern zum sogenannten D - Day. Danach waren es die westlichen Alliierten – die Träger der westlichen Werte – die Europa vom Faschismus befreit und den Frieden gebracht haben. Kaum ein Wort über die mit ungeheuren Verlusten (nicht zuletzt durch die Verzögerung der II. Front) verbundenen Kämpfe der Roten Armee.

Am Jahrestag der Ereignisse des 20. Juli 1944 wurde der Widerstand gegen den Faschismus auf den Widerstand der Generalität reduziert. Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose und Andere, die von Anfang an aktiv Widerstand leisteten, spielten in den Betrachtungen von Politikern und in den Medien fast keine Rolle.

Zuerst kaum wahrnehmbar, dann immer deutlicher wurde die Forderung verbreitet, endlich Schluss zu machen mit den alten Geschichten – „und außerdem war ja alles ganz anders“.

Da wurden von Neonazis Zweifel am Massenmord in Auschwitz in die Welt gesetzt und die Diskussion darüber brachte einerseits Unbehagen war aber auch dazu angetan, Unsicherheit zu säen.

Ja – und da gab es noch die „Verbrechen der Alliierten“, insbesondere der Roten Armee, die im Krieg begangen wurden.

Da waren – als der Krieg ins „Deutsche Reich“ zurückkam - die Bombardierungen der deutschen Städte und sie wurden in den Medien so dargestellt, dass den Normalverbraucher die Frage beschleichen musste – ja war nicht letztendlich die deutsche Bevölkerung das Opfer dieses Krieges?

Und die Spießgesellen des „größten Führers aller Zeiten“ werden so ins Bild gesetzt, dass sie doch eigentlich ganz honorige Leute waren.

Natürlich wird dabei eine direkte Parteinahme vermieden – aber „die Wahrheit, die von den Deutschen so lange verdrängt wurde“ – muss einmal gezeigt, „aufgearbeitet“, werden. Und unter diesem Deckmantel schreitet die Geschichtsrevision voran.

Um so größer müssen unsere Anstrengungen sein, insbesondere für jüngere Menschen, die historische Wahrheit zu bewahren, die Zusammenhänge und Bedingungen für das historische Geschehen deutlich und begreiflich zu machen und damit die oft so exzellent aufbereitete Mischung von Wahrheit, Halbwahrheit und Lügen, von Andeutungen, Vermutungen und Annahmen zu entlarven.

Was Wunder, wenn es die Jungen Nationaldemokraten wagen, für den 8. Mai 2005 einen Aufmarsch durch das Brandenburger Tor mit der Losung „Schluss mit der Befreiungslüge“ anzumelden.

An dieser Stelle muss man über die Worte von B. Brecht nachdenken: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“ ?

Liebe Leser,

die Brücke von Torgau ist gesprengt. Die geplanten Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der historischen Begegnung wird man an anderer Stelle durchführen müssen.

Das Jahr 2005 hat viele bedeutsame Jahrestage.

Der herausragendste wird der 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2005 sein.

Sicher werden – das ist heute schon abzusehen – landauf landab vielfältige Veranstaltungen stattfinden. Thematisiert werden vorwiegend das Ende des Krieges, das Ende einer Katastrophe, die Niederlage und Kapitulation der Wehrmacht usw. Es gibt heute schon eine Flut von Erinnerungsberichten, die nicht zu den Wurzeln, dem Ausgangspunkt des Krieges vordringen, die letztendlich die Verbrechen, das Leid und Elend, die das faschistische Deutschland über die Völker Europas und das eigene Volk gebracht haben, relativieren.

Das ist eine Herausforderung an alle ehrlichen Menschen, sich jeglicher Umdeutung historischer Ereignisse entgegenzustellen. In diesem Sinne bündeln gesellschaftliche Kräfte, Friedensgruppen, Verbände und Organisationen ihre Kräfte und bereiten vielfältige Initiativen vor, um historische Wahrheiten zu verbreiten und Aufklärung zu betreiben. In vielen Kommunen werden Abgeordneten und Amtsträgern Vorschläge und auch Forderungen unterbreitet, wie der Jahrestag der Befreiung und andere historische Ereignisse öffentlich gewürdigt werden könnten.

Es werden Gesprächsrunden mit Bürgern, insbesondere mit Jugendlichen zu diesen Themen vorbereitet, in Schulen und Clubs Treffen mit Veteranen organisiert, die oft mit Lesungen aus Büchern oder Vorführungen von künstlerischen und Dokumentarfilmen/Videos verbunden werden.

Geplant sind öffentliche Einladungen zu Besuchen historischer Stätten und Museen und auch Initiativen und Hinweise auf entsprechende Gedenkstätten, die der Pflege und Instandsetzung bedürfen und wo gegebenenfalls auch Leistungen der Kommunen einzufordern sind.

Dabei werden diese Aktivitäten durchaus auch mit den aktuellen Problemen unserer Zeit verbunden: mit den Protesten gegen die Kriegspolitik der US-Administration und ihre indirekte Unterstützung durch die Regierung der BRD, gegen den Sozialabbau und mit dem Protest gegen die Verbreitung rechtsextremen und antisemitischen Gedankenguts.

Wir stehen in der Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die in den alliierten Armeen und im deutschen Widerstand ihr Leben im Kampf gegen Faschismus und Krieg eingesetzt haben.

Lasst uns dieser Verantwortung im Großen wie im Kleinen gerecht werden.

Mit diesem Heft dokumentiert die deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1945, die maßgeblich Einfluss auf die politische Entwicklung in Europa und in der Welt hatten und deren 60. Jahrestag im Jahr 2005 begangen wird. Weitere Hefte dieser Reihe werden zu den einzelnen Jahrestagen ausführliche Informationen geben.

Die Konferenz von Jalta

Auf dem Höhepunkt des Kampfes der Staaten der Antihitlerkoalition gegen das nationalsozialistische Deutschland trafen sich vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim der Ministerpräsident Großbritanniens, Winston Churchill, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Franklin D. Roosevelt, und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, J. W. Stalin zu einer Konferenz, die in die Geschichte als die Krim – Konferenz der Alliierten eingegangen ist. Der Sieg über das faschistische Regime, das mit der Entfesselung des II. Weltkrieges der Menschheit beispielloses Leid und der Weltzivilisation unermessliche Verluste gebracht hatte, war in greifbare Nähe gerückt.

Wichtige Entscheidungen über die Nachkriegsentwicklung in Europa standen auf der Tagesordnung. Sie fanden ihren Niederschlag in der Krim – Deklaration mit folgenden Kernaussagen: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“

„Wir haben eine Erklärung über das befreite Europa aufgesetzt und uns dazu bekannt.“

(Sie sieht vor, dass die drei Mächte bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europas gemeinsam vorgehen.)

„Die Herstellung der Ordnung in Europa und die Wiederherstellung eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen.“

„Unsere Zusammenkunft hier in der Krim hat unseren gemeinsamen Entschluss von neuem bestätigt, die Einheitlichkeit der Zielsetzung und Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, im kommenden Frieden aufrecht zu erhalten und zu stärken. Wir sind der Ansicht, dass der Sieg in diesem Krieg und die Gründung der vorgeschlagenen internationalen Organisation die größte Gelegenheit in der Geschichte bieten wird, in den kommenden Jahren die für einen solchen Frieden wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Die Konferenz von Jalta hat für die weiteren Verhandlungen über die Nachkriegsentwicklung in Deutschland und in Europa die entscheidenden Grundlagen gelegt. Mit den klaren und entschiedenen Aussagen hat sie auch allen Versuchen der Naziclique, einen Separatfrieden mit den westlichen Alliierten herbeizuführen, einen Riegel vorgeschoben.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges änderten sich bekanntlich die Einschätzungen der Ergebnisse der Konferenz von Jalta. Die Verpflichtung der Hauptmächte der Antihitlerkoalition zur Zusammenarbeit bei der Organisierung eines sicheren Friedens und einer antifaschistisch-demokratischen Neuordnung in den Ländern des befreiten Europas - das eigentlich zukunftssträchtige Element der getroffenen Übereinkunft der Großmächte - trat in den Hintergrund.

Eine maßgebliche Rolle in der Zerstörung des „Geistes von Jalta“ spielte die berühmt – berüchtigte Fultonrede Churchills vom 5. März 1946. Damit war eine Grundlage gegeben, auf der Politiker, Diplomaten und das Gros der Historiker und Publizisten des Westens die Ergebnisse der Konferenz von Jalta verteufelten. „Jalta“ wurde ein Hauptargument des Westens im ideologischen Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten in Europa, mit der die vielfältigen Formen einer Politik der Diskriminierung und der Einmischung legitimiert werden sollten. Es spielte zugleich eine nicht unwesentliche

Rolle bei der antikommunistischen Indoktrinierung der eigenen Bevölkerung.

Fortan nutzten beide Seiten die Festlegungen der Krimdeklaration in der politischen und ideologischen Systemkonfrontation.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Ergebnisse der Konferenz von Jalta vor dem Hintergrund der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses und nicht zuletzt des atomaren Patts der Großmächte einen nicht unerheblichen Anteil daran hatten, Europa und der Welt über Jahrzehnte einen - wenn auch unsicheren - Frieden zu garantieren.

8. Mai 1945

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Alliierten der Antihitlerkoalition am 8. Mai 1945 war das verbrecherische Hitler – Regime und sein „Tausendjähriges Reich“ vernichtet. Auch mit dem zeitlichen Abstand von 60 Jahren gilt dieses historische Datum als

„Tag der Befreiung vom Faschismus“.

Führende Kreise des deutschen Großkapitals und des preußisch-deutschen Militarismus hatten 1933 die deutschen Faschisten an die Macht gebracht, hatten ihre Verbrechen finanziert und an dem von ihnen begonnenen zweiten Weltkrieg profitiert.

Dieser Krieg, von den Faschisten offen als Krieg um die Weltherrschaft geplant, forderte nicht nur die höchsten Blutopfer – über 50 Millionen Menschenleben wurden dahingerafft, darunter 20 Millionen Sowjetbürger und 6,5 Millionen Deutsche – sondern verursachte auch größte materielle, zivilisatorische und kulturelle Zerstörungen.

Die verbrecherische, rassistische und völkische Staatsideologie der Faschisten führte - beispiellos in der Weltgeschichte – zu planmäßigem Massenmord an Menschen jüdischer Herkunft, an Sinti und Roma und zur Vernichtung politischer und weltanschaulicher Gegner in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, denen 11 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

So brachte der 8. Mai 1945 das Ende der größten Bedrohung der Menschheit im 20. Jahrhundert, den Völkern Europas – auch dem deutschen Volk – die endgültige Befreiung vom Krieg und den Weltherr-

schaftsplänen des deutschen Faschismus. Den befreiten Völkern erschien dieser Tag als Wendepunkt in der Geschichte Europas und als Chance und Hoffnung auf eine neue, bessere, friedliche und sozial gerechte Welt. Im Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ haben die befreiten Häftlinge aus fast allen europäischen Ländern, Parteien und Konfessionen diese Hoffnung zum Ausdruck gebracht.

Angesichts der ungeheuren Opfer und Zerstörungen haben die Alliierten in Jalta und Potsdam Beschlüsse gefasst, die den deutschen Faschismus endgültig vernichten und die Menschheit zukünftig vor solchen Katastrophen bewahren sollten. Diese Beschlüsse waren - bei allen Gefährdungen - die Grundlage für die längste Friedensperiode auf dem Europäischen Kontinent, auch wenn der Kalte Krieg die einstigen Verbündeten der Antihitlerkoalition insbesondere auf Grund der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, zu Gegnern machte.

Die wenigsten Deutschen haben den 8. Mai 1945 für sich als Befreiung empfunden. Verblindet und betrogen von der faschistischen Propaganda und unter der Knute des faschistischen Terrorregimes wurde der totale Krieg bis zur totalen Niederlage geführt, hat die Zivilbevölkerung die Leiden und die Not des Krieges bis zum bitteren Ende ertragen.

Nur wenige Deutsche aus allen Schichten des Volkes auch aus dem Militär hatten mutig und unter Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen das faschistische Regime geleistet. Das deutsche Volk insgesamt hatte es jedoch nicht vermocht, das Joch der Nazierrschaft selbst zu zerbrechen.

Ein langer, komplizierter und widersprüchlicher Prozess von Nachdenken, Rechenschaft und Erfahrung war notwendig, bis mehr und mehr Menschen lernten, den Tag der Kapitulation der Wehrmacht auch als Tag der Befreiung vom Faschismus zu begreifen. Kompliziert und widersprüchlich verlief dieser Prozess nicht zuletzt infolge der Wirkungen des Kalten Krieges.

Im Westen Deutschlands gewannen im Zeichen des militanten Antikommunismus die alten, diskreditierten Eliten, die sich mit dem untergegangenen "Deutschen Reich" identifizierten und folglich den 8. Mai als Tag der Kapitulation, der Niederlage verstanden, schnell wieder Einfluss. Die Auseinandersetzung mit den faschistischen Verbrechen wurden weitgehend verdrängt bzw. ihre Wurzeln Ursachen kaum hinterfragt

oder aufgedeckt. Es war eine politische Sensation, als 1985 Bundespräsident v. Weizsäcker als erstes Staatsoberhaupt der BRD vom Tag der Befreiung sprach. Er tat es nicht ohne polemischen Hintergrund; denn die sogenannte Historikerdiskussion dieser Zeit begann damit, die Verbrechen der Nazis zu relativieren und die Geschichte erneut im Sinne des militanten Antikommunismus umzuschreiben.

Im Gegensatz dazu wurden - den Bestimmungen der Konferenzen von Jalta und Potsdam folgend - in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR faschistischer Ideologie und Militarismus mit aktiver Unterstützung durch die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der ostdeutschen Bevölkerung konsequent und zügig der Boden entzogen. Faschistische Funktionäre wurden nach dem Grad ihrer Verstrickung in das verbrecherische faschistische Regime zur Verantwortung gezogen, Brutstätten faschistischer Ideologie verboten und wo notwendig unter - drückt, Großbourgeoisie und preußischer Militarismus – einst Finanziers und Förderer der Faschisten wurden entmachtet. Der Antifaschismus war in der Politik und in der Gesellschaft der DDR fest verankert. Es ist und bleibt ein historisches Verdienst der DDR den Menschen und insbesondere der Jugend ein antifaschistisches Weltbild vermittelt zu haben. Sie hat damit für Deutschland auch ein Stück jener Hoffnung erfüllt, die die Völker Europas am 8. Mai 1945 mit der Befreiung vom Faschismus verbanden.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit ist die dereinst vereinbarte gemeinsame Verantwortung beider deutscher Staaten dafür, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, nun allein auf die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland übergegangen. Sie muss unter jeder Regierung und unter allen internationalen politischen Bedingungen dem Gebot des Potsdamer Abkommens verpflichtet bleiben, das da heißt: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann!"

Die Entwicklung in der BRD und die mediale Aufbereitung und Vorbereitung des 60. Jahrestages des historischen Datums 8.Mai 1945 geben Anlass zur Sorge. In der politischen Landschaft gewinnen rechtsextreme Parteien und Organisationen an Einfluss und werden wieder gewählt. Die Verantwortung des deutschen Faschismus und seiner Hintermänner am zweiten Weltkrieg wird verdrängt oder relativiert. Es wird ein Geschichtsrevisionismus betrieben, der ein einseitiges und

verzerrtes Bild über den zweiten Weltkrieg vermittelt, der den kriegsentscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über Hitlerdeutschland marginalisiert. Besonders pervers erscheinen jene Bestrebungen in der Darstellung der Geschichte, die das Konzept von den „zwei deutschen Diktaturen“ im gesellschaftlichen Bewusstsein festschreiben wollen. Auch diese ungeheure Geschichtslüge hat am Ende die Funktion die Verbrechen des deutschen Faschismus zu relativieren und rechte extreme Entwicklungen mit denen heute die Gesellschaft der BRD konfrontiert ist zu bagatellisieren.

Es ist festzustellen: Das arbeitsteilige Zusammenspiel von Konservatismus und Rechtsextremismus funktioniert auch in dieser Republik in den Medien und in beträchtlichen Teilen der Geschichtsschreibung auch in der Betrachtung und Wertung des 8. Mai 1945 und der damit verbundenen Befreiung vom Faschismus.

Das veranlasst, an die Worte von B. Brecht zu erinnern:

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“

Die Gründung der Vereinten Nationen

Mit der Machtergreifung des Faschismus in europäischen Ländern und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zerbrachen die Friedenshoffnungen in der Welt. Das Versagen des Völkerbundes, der nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen worden war und der den Zweiten Weltkrieg nicht zu verhindern vermochte, machte einen Neuanfang in den Bemühungen der Völker für das Entstehen eines neuen Weltfriedens und dessen Sicherung für kommende Generationen notwendig.

Das Ziel eines Neuanfangs war, für alle Zeiten einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Großbritanniens Premier Churchill und US Präsident Roosevelt kamen bereits 1941 zu geheimen Verhandlungen zusammen. Sie schufen mit der Atlantik-Charta, das Geburtsdokument der UNO. Bis zum März 1945 traten fast alle nicht mit den Achsenmächten verbündeten Staaten (einschließlich UdSSR und USA) diesem Pakt bei.

Auf der Konferenz von Jalta (4. – 11. Februar 1945) wurde Einigkeit erzielt, die Konferenz der Vereinten Nationen am 25. April 1945 in

San Francisco, Vereinigte Staaten, zu eröffnen, um eine Charta dieser Organisation vorzubereiten

Dementsprechend kamen am 25. April 1945 in der «War Memorial Hall» von San Francisco über 3000 Personen aus 51 Ländern zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen zusammen. Zum Abschluss dieser **„Konferenz der Vereinten Nationen über die Internationale Organisation“** wurde zwei Monate später am 26. Juni die Charta der UNO unterzeichnet. Nachdem die Regierungen und Parlamente der 51 Gründungsmitglieder die Charta mit ihren 111 Artikeln ratifiziert hatten, wurde die UNO am 24. Oktober 1945 offiziell gegründet.

Die Abscheu vor dem Krieg wird zu Beginn der Präambel der UN-Charta ausgedrückt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat ...“

Die UN-Gründer setzten sich das Ziel, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern ...“.

Potsdamer Konferenz

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand in Potsdam eine Konferenz der Staatschefs der drei Hauptmächte der Antihitlerkoalition statt. Ihre Ergebnisse sind in dem als Potsdamer Abkommen bekannten Dokument vom 2. August 1945 niedergelegt. Ihnen stimmte, bei einigen Vorbehalten, am 7. August 1945 auch die Provisorische Französische Regierung zu. Die Potsdamer Konferenz bekräftigte ausdrücklich die Ergebnisse der Konferenz von Jalta vom Februar 1945.

Im Potsdamer Abkommen heißt es dazu:

“Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen,

die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Die Forderungen des Potsdamer Abkommens enthalten eine doppelte Zielsetzung:

Einerseits klarzustellen, dass mit der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten das nationalsozialistische Deutschland politisch und als Subjekt des internationalen Rechts ausgelöscht und das am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles proklamierte Deutsche Reich endgültig und unwiderruflich zugrunde gegangen war. Die deutschen Grenzen wurden in Einklang mit den Sicherheitsinteressen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition und des befreiten Europas neu festgelegt.

Es ging also in Potsdam nicht um die “Reform” eines unbeschadet der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Alliierten fortbestehenden deutschen Staatswesens, sondern um die ersten entscheidenden Schritte zur Begründung einer neuen antifaschistisch-demokratischen staatlichen Existenz des deutschen Volkes. Der neue deutsche Staat ist der politisch-rechtliche Rahmen, in dem das deutsche Volk sich darauf vorbereiten kann, “sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.”

Die andere Hauptrichtung des Abkommens kommt in den Bestimmungen zum Ausdruck, die die demokratischen Grundlagen des zu schaffenden neuen Deutschlands zum Gegenstand haben. Unmissverständlich heißt es bezüglich der Ziele der Besetzung:

“Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten”.

Von herausragender historischer Bedeutung ist die in den wirtschaftlichen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens enthaltene Festlegung, die Machtstellung der deutschen Monopole zu zerschlagen. So lautet eine Forderung “In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen”. Die Repräsentanten der vier Mächte waren

sich in Potsdam durchaus darüber einig, dass der II. Weltkrieg keineswegs die "Folge von Hitler, seiner verbrecherischen Clique und einer Verkettung unglücklicher Umstände" war, wie eine beliebte These der Geschichtsrevisionisten glauben machen will, sondern auf den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus zurückzuführen ist. Die Zerstörung der ökonomischen und politischen Macht der deutschen Monopole war mithin eine zentrale Voraussetzung einer stabilen friedlichen Nachkriegsordnung in Europa.

Die Maßnahmen zur restlosen und definitiven Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands einerseits und andererseits die Feststellungen, die auf die Schaffung von Grundlagen und Voraussetzungen eines staatlichen Neuanfangs auf antifaschistisch-demokratischer Basis gerichtet sind, bilden eine Einheit.

Am Ende des Treffens im Schloss Cecilienhof haben die Regierungschefs am 2. August 1945 die Erwartung geäußert, dass sich die Potsdamer Konferenz als wichtiger Markstein auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden erweisen möge, den die Hauptmächte der Antihitlerkoalition gemeinsam gehen. Diese Erwartung hat sich nur bedingt erfüllt.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zugelassen, dass sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands wesentlichen Forderungen des Potsdamer Abkommens entzogen. Die Gründung des westdeutschen Separatstaates und seine Einbeziehung in den Militärblock des Westens verschärften die Ost-West-Spannungen erheblich.

Im Gegensatz dazu wurden in der sowjetischen Besatzungszone die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens bezüglich der Ausrottung von Nationalsozialismus und Militarismus mit ihren Wurzeln mit aktiver Unterstützung durch die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der ostdeutschen Bevölkerung konsequent und zügig verwirklicht.

Es bleibt das historische Verdienst der DDR, mit der Verwirklichung der Hauptziele des Potsdamer Abkommens mit den aggressiven Traditionen deutscher Politik entschieden gebrochen zu haben. Die DDR war der erste deutsche Staat, von dem zu keinem Zeitpunkt seiner Existenz eine Bedrohung seiner Nachbarn oder für den Frieden in der

ganzen Welt ausgegangen ist.

An der Art und Weise, wie die deutsche Vereinigung 1990 vollzogen wurde, hat die Sowjetunion einen entscheidenden Anteil. Bei dem Treffen mit Kohl und Genscher am 10. Februar 1990 in Moskau - also noch vor Beginn der Gespräche der vier Siegermächte mit beiden deutschen Staaten über einen "Vertrag zur abschließenden Regelung über Deutschland" (Zwei-plus-Vier-Vertrag) - hat der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow " unmissverständlich zugesagt, dass die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren wird und dass es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg der Einigung selbst zu bestimmen." Deutschland sollte mit der Vereinigung die volle Souveränität erhalten und damit frei sein, über seine Bündniszugehörigkeit zu entscheiden. Damit hat sich die sowjetische Staatsführung jeder Möglichkeit begeben, auf das Zustandekommen eines vereinten Deutschlands hinzuwirken, das sich verbindlich zu den Prinzipien des in Potsdam geforderten friedlichen und demokratischen Neuanfangs bekennt. Das Beharren auf einer solchen Position wäre selbst 1990 völkerrechtlich legitim und politisch nicht ohne Aussicht gewesen. Großbritannien und Frankreich waren Gegner der Vereinigung. Von den drei westlichen Siegermächten waren es allein die USA, die eine so grundlegende Veränderung des politisch-territorialen Status quo im Zentrum Europas nachhaltig unterstützten.

Die sowjetische Entscheidung - aus welchen Gründen sie auch immer getroffen wurde - gab den regierenden Kreisen der BRD Carte blanche, den Einigungsprozess nach ihren Vorstellungen zu vollziehen.

Die Vereinigung erfolgte als Anschluss, mit dem das politische System und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik der DDR und ihrem Staatsvolk übergestülpt wurden.

Die formelle Aufhebung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ist Gegenstand des Artikel 7 des Zwei-plus-Vier-Vertrages, der am 12.9.1990 in Moskau abgeschlossen wurde.

Damit hat das Potsdamer Abkommen seine Bedeutung für die Gegenwart jedoch nicht eingebüßt. Es ist eine historische Lehre von Potsdam, dass sich Völker und Staaten bei der Verteidigung ihrer Lebensinteressen durchaus zusammenschließen vermögen, was sie sonst auch an Gegensätzen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur trennt.

Nach der Vereinigung haben die expansiven Kräfte des deutschen Monopolkapitals und ihre politischen Repräsentanten einen deutlich offensiveren außenpolitischen Kurs eingeschlagen. Sie haben die traditionelle Balkanpolitik des deutschen Imperialismus wieder aufgenommen und sind dabei nicht davor zurückgewichen, bei der Zerschlagung des sozialistischen Jugoslawiens neben vielfältiger Einmischung in die inneren Angelegenheiten auch militärische Gewalt anzuwenden.

Erneut wird davon gesprochen, "deutsche Interessen" weltweit verteidigen zu müssen. Dafür sei es erforderlich, die Bundeswehr so zu modernisieren, dass sie anstelle der Aufgaben einer traditionellen Verteidigungsarmee Aufgaben einer "Eingreiftruppe" rund um den Globus wahrnehmen kann. In dieser Situation kann es nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, dass das Potsdamer Abkommen ausdrücklich auch das deutsche Volk für seine Mitschuld an den Verbrechen der Naziführer in Anspruch genommen und mit harten Sanktionen belegt hat. Auch das gehört zu den historischen Lehren von Potsdam.

Nuklearwaffen gegen die Menschheit

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Am 6. August 1945 hält eine B 29 der US-Air-Force auf Befehl des nach dem Tode von Franklin D. Roosevelt zum USA-Präsidenten nachgerückten Harry S. Truman Kurs auf Japan. Um 8.15 hat sie ihr Zielgebiet erreicht. Aus 7.000 Meter Höhe wird eine Bombe abgeworfen. Sie gleitet an einem Fallschirm auf die japanische Stadt Hiroshima hinab. Sie explodiert 660 Meter über dem Erdboden. Mit einer eintausend Mal stärkeren Sprengkraft als die im Luftkrieg der Jahre zuvor verwandten herkömmlichen Bomben.

In der Geschichte der Menschheit ist die erste Atombombe zum Einsatz gekommen, damit hat am 6. August 1945 das Zeitalter der Nuklearwaffen begonnen.

In Bruchteilen von Sekunden werden 60 Prozent der Stadt zerstört. 100.000 Menschen werden sofort getötet, verstrahlt, unter dem zusammenstürzenden Häusermeer begraben. 100.000 werden schwer verletzt.

Drei Tage später, am 9. August, das gleiche nukleare Inferno in Nagasaki. 70.000 Menschen sterben unmittelbar. Weitere 70.000 erleiden schwere Verletzungen. Die Spätfolgen des nuklearen Bombardements forderten noch Jahrzehnte später Opfer unter der japanischen Bevölkerung.

Beide Städte waren militärisch ohne jede Relevanz. Eine Zäsur in der Menschheitsgeschichte ist eingetreten.

Warum dieser staatsterroristische Überfall auf wehrlose Menschen?

Warum die unmenschliche Ausnutzung des zu dieser Zeit bestehenden US-Atomwaffenmonopols?

Nach US-amerikanische Geschichtsdarstellung, die übrigens vom „amerikanischen Krieg“ gegen Japan spricht, sollte Japan als Mitglied der faschistischen Achse Berlin-Rom-Tokio eine entscheidende militärische Niederlage beigebracht werden. Geschichtsklitterung wird geübt.

Hier die Realität in dieser Endphase des Krieges im Fernen Osten vor 60 Jahren:

Japan ist in diesen Augusttagen 1945 bereits militärisch geschlagen.

Die Sowjetunion erfüllt ihre Bündnisverpflichtungen, als ihre Streitkräfte den Hauptschlag gegen die japanischen Truppen führen. Die japanische Kwantung-Armee wird in den Mandschurei vernichtet. Die Operationen der sowjetischen Pazifikflotte führen zur Eroberung der Kurilen, Sachalins und der japanischen Stützpunkte in Korea.

Mit ihrem Eintritt in den Krieg gegen Japan leistet die UdSSR wie in Europa so auch im Fernen Osten einen wesentlichen Beitrag zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe sollen vielmehr politisch, machtpolitisch instrumentalisiert werden. Fortan praktiziert Washington gegenüber Moskau eine so genannte „Atom-Diplomatie“. Kurs auf Kalten Krieg ist angesagt. Die Sowjetunion, deren internationale Geltung im Ergebnis des Krieges bedeutend gewachsen ist, soll militärisch erpresst und politisch diszipliniert werden. US-amerikanische Hegemonialansprüche sollen durchgesetzt werden. Washington will die Nachkriegsentwicklung mit einer „Politik der Stärke“ bestimmen.

Hatte doch schon Trumans Außenminister James F. Byrnes vor dem Überfall auf Hiroshima und Nagasaki gesagt: „Die Bombe könnte uns sehr wohl in eine Lage versetzen, unsere eigenen Bedingungen zu dik-

tieren.“ Um nach dem nuklearen Verbrechen zu erläutern, „der Einsatz sei nicht so sehr aus militärischen Gründen erfolgt, sondern um „Rußland in Europa nachgiebig zu machen.“

Die auf den Bergen von Toten in Hiroshima und Nagasaki aus der Taufe gehobene Truman-Doktrin lief erklärtermaßen darauf hinaus, ein „roll back“ zu erzwingen, ein „Zurückrollen des Kommunismus“. Im Kern blieb diese Doktrin Richtschnur US-amerikanischer Außenpolitik bis 1991. Eine Politik, die zu wahnwitzigem Wettrüsten beider Seiten führte, die Welt wiederholt an den Rand des Abgrunds brachte und unermessliche Potentiale, die dem Glück der Menschheit hätten dienen können, sinnlos vergeudete.

Heute hat die Truman-Doktrin ihre Fortsetzung in der so genannten Bush-Doktrin gefunden. Sie beinhaltet nicht zuletzt das angemäße Recht zum atomaren Präventivschlag.

Hiroshima und Nagasaki bleiben unverzichtbare Mahnungen an das Weltgewissen, im Interesse des Überlebens für ein Leben frei von Atomwaffen auf diesem Erdball einzustehen.

Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher

Grundlage für den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher war die Moskauer Erklärung der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 30. Oktober 1943 über die “Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Gräueltaten”. Die Unterzeichner der Erklärung bekräftigten darin im Namen von 32 Nationen den Willen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition, dass nach dem Kriege alle deutschen Soldaten und Mitglieder der Nazipartei für die im Kriege von ihnen verübten Gräueltaten in den Ländern abgeurteilt werden würden, in denen sie diese Verbrechen begangen hatten. Dagegen würden die Hauptkriegsverbrecher vor ein gemeinsames Gericht gestellt werden. Auf der Konferenz von Jalta vom 4. - 11. Februar 1945 bekundeten die drei Hauptmächte der Antihitlerkoalition ein weiteres Mal ihre Entschlossenheit, “alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen”. In Ausführung des gemeinsamen Willens der Alliierten wurden die konkreten Beschlüsse über die “Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse” im Londoner Viermächteabkommen vom 8. August

1945 getroffen. Wesentlicher Bestandteil des Abkommens war das "Statut für den Internationalen Militärgerichtshof". Nach Artikel 5 können neben den Signataren Sowjetunion, Großbritannien, USA und Frankreich auch die vereinten Nationen dem Londoner Abkommen beitreten. Von dieser Möglichkeit haben u. a. Belgien, Dänemark, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei Gebrauch gemacht.

Auf der Grundlage der Vereinbarungen der Alliierten wurde am 6. Oktober 1945 in Berlin der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof mit Erhebung der Anklage eröffnet. Am 20. November 1945 begann der Prozess im Nürnberger Justizpalast. Er endete am 1. Oktober 1946 mit der Verkündung der Urteile.

Angeklagt waren Göring und weitere 23 Hauptkriegsverbrecher sowie 6 Organisationen des NS-Regimes (SS, Gestapo, politische Leitung der NSDAP u. a.).

Gegenstand der Anklage sind die im Artikel 6 des Statuts für den Internationalen Militärgerichtshof angeführten Verbrechen gegen den Frieden (a), Kriegsverbrechen (b) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (c). In der Anklageschrift selbst wurde der Punkt a präzisiert als Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden. Als Verschwörung wird die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Maßnahmen gewertet, die auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Sicherung ihres Regimes abzielten, einschließlich der Planung des Angriffskrieges und des Völkermordes. Zu den Verbrechen gegen den Frieden zählten neben den Angriffskriegen gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Jugoslawien und Griechenland sowie den Überfall auf die Sowjetunion, der Anschluss Österreichs und die Annexion der Tschechoslowakei, die massive Aufrüstung sowie auch die Vereinnahmung der Industrie für militärische Zwecke. Wegen dieser Verbrechen wurden vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zwölf der Angeklagten zum Tode verurteilt, drei erhielten lebenslängliche und vier befristete Haftstrafen. Es erfolgten drei Freisprüche. Außer Göring, der sich vergiftete, und dem verschollenen Bormann wurden alle zum Tode verurteilten Täter am 16. Oktober 1946 hingerichtet.

Gestapo, SS und SD sowie die politische Leitung der NSDAP wurden zu verbrecherischen Organisationen erklärt. Eine Verurteilung der

Reichsregierung sowie des Oberkommandos und des Generalstabs der Wehrmacht unterblieb.

Abgesehen von der gerechten Strafe für die Repräsentanten des verbrecherischen NS-Regimes liegt die historische Bedeutung des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor allem in den völkerrechtlichen Prinzipien, von denen sich die Vertreter der Alliierten in seiner Durchführung haben leiten lassen.

Bereits nach dem I. Weltkrieg hatte es nicht an Bemühungen gefehlt, durch internationale Verträge den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle zu verurteilen. Der entscheidende Mangel in diesen Bemühungen bestand jedoch im Verzicht auf wirksame Maßnahmen gegen mögliche Friedensbrecher. Dieser Mangel ist durch die Beschlüsse der Antihitlerkoalition, die der Durchführung des Nürnberger Prozesses zugrunde liegen, behoben worden. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die in Nürnberg vorgenommene Präzisierung und materielle Ausweitung des Tatbestandes des Verbrechens gegen den Frieden durch die im Begriff der Verschwörung enthaltenen Elemente langfristiger Aggressionsvorbereitung.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges sind auch die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in das Zentrum kontroverser Diskussionen geraten. Die Geschichtsrevisionisten in der Bundesrepublik haben viel Mühe aufgewandt, die Zuständigkeit des Internationalen Militärtribunals in Zweifel zu ziehen, die in Nürnberg offengelegten Verbrechen des NS-Regimes an anderen Völkern zu bagatellisieren und letztlich auf den Holocaust zu reduzieren und vor allem die Bedeutung der Ergebnisse von Nürnberg für die Zukunft klein zu reden.

Ungeachtet dessen bleiben die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptverbrecher ein historischer Meilenstein im Kampf zur endgültigen Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen. Gerade die Entwicklung der internationalen Beziehungen in der jüngsten Zeit unterstreichen, dass die Verletzung des Gewaltverbots vom geltenden Völkerrecht nicht ohne Grund als das schwerste internationale Verbrechen angesehen wird. Nürnberg hat einen unverrückbaren Maßstab geliefert, nach dem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu richten sind. Die Urteile des Internationalen Militärtribunals haben zugleich die völkerrechtli-

che Grundlage für die Bestrafung derer geschaffen, die - unter welchem Vorwand auch immer - sich der Aggression und der Störung der internationalen Friedensordnung schuldig machen.

Zeittafel 1945

12. Jan.	Beginn der Weichsel - Oder - Operation der Roten Armee mit 5 Fronten auf 1.300 km Breite von der Ostsee bis zu den Karpaten
17. Jan.	Befreiung Warschaus durch die Rote Armee
27. Jan.	Befreiung der im KZ Auschwitz noch verbliebenen 7.000 Häftlinge
20. Jan.	Bedingungslose Kapitulation Ungarns
31. Jan.	bis 3. Februar Konferenz von Malta zwischen Churchill, Eden, Stettinius über strategische Fragen
04. Feb.	bis 11. Februar Beginn der Krim-Konferenz der Alliierten in Jalta
06. Feb.	bis 17. Februar Weltgewerkschaftskonferenz in London: Fortsetzung des Krieges zur Zerschlagung des deutschen Faschismus, Friedensregelung, Grundlagen für einen Weltgewerkschaftsbund wurden beraten und dazu ein Aufruf „Manifest an alle Völker“ verabschiedet
13. Feb.	Zerstörung Dresdens durch anglo - amerikanische Bomber (ca. 35.000 Menschen getötet)
15. Feb.	Einrichtung außerordentlicher Feldgerichte der Wehrmacht (ein Kriegsrichter und zwei Offiziere) zur Aburteilung von Fahnenflüchtigen. 7000 Menschen werden bis Mai 1945 hingerichtet , viele dieser Kriegsrichter überlebten.
07. März	Bildung der provisorischen Regierung Jugoslawiens durch die Volksbefreiungsfront unter Marschall Josip Broz-Tito
19. März	Hitlers Befehl zur Zerstörung aller Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen , d.h. Anwendung der Politik der verbrannten Erde" durch die Nazi-Machthaber nunmehr auch in Deutschland, findet in verbohrten Nazis noch immer willfährige Handlanger
22. März	Gründung der Arabischen Liga (Irak, Ägypten, Syrien, Transjordanien, Saudi-Arabien, Jemen)
23. März	Beginn der anglo - amerikanischen Offensive am Rhein

02. April	Beginn neuer Verhandlungen zwischen Himmler und Graf Bernadotte über ein Separatabkommen mit den Westmächten
03. April	Himmlerbefehl zur Ermordung aller Bürger, die an ihren Häusern die weiße Fahne zeigen
03. April	Bildung der "Regierung der Nationalen Front" der Tschechen und Slowaken in Kosice
04. April	Befreiung Ungarns durch die Rote Armee
11. April	Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen der UdSSR und Jugoslawien
11. April	Beginn des bewaffneten Aufstandes in Italien
11. April	Todesmarsch und der Häftlinge des KZ Buchenwald Selbstbefreiung der 21.000 Häftlinge des KZ Buchenwald
12. April	Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt; Nachfolger wird der Vizepräsident Truman
13. April	Befreiung Wiens durch die Rote Armee
16. April	Beginn der Berliner Operation der Roten Armee
18. April	Kapitulation des deutschen "Ruhrkessels" vor den westlichen Truppen
19. April	SCHWUR VON BUCHENWALD DER BEFREITEN HÄFTLINGE
21. April	Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zwischen der UdSSR und Polen
22. April	Todesmarsch der Häftlinge des KZ Sachsenhausen
25. April	Begegnung sowjetischer und amerikanischer Truppen in Torgau an der Elbe
25. April	Beginn der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco; Ausarbeitung der Charta der Vereinten Nationen, Unterzeichnung durch die 51 Staaten am 25. Juni 1945
26. April	Beginn der Befreiung Berlins durch die Rote Armee
28. April	Nach der Befreiung von Berlin-Wilhelmsruh durch die Rote Armee beginnen deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten mit der Organisierung der politischen Arbeit
30. April	Erste Arbeitsgruppe des ZK der KPD unter Leitung Walter Ulbrichts landet nahe Frankfurt/Oder und nimmt ihr erstes Quartier in Bruchmühle bei Strausberg
30. April	Befreiung von 3.000 Frauen im KZ Ravensbrück
02. Mai	Einnahme Berlins durch die Rote Armee
04. Mai	Rundfunkansprache Wilhelm Piecks "Berlin von Hitler befreit"

05. Mai	Bewaffneter Aufstand in Prag und mit Hilfe der Roten Armee; Befreiung Prags am 9. Mai
07. Mai	Unterzeichnung des Protokolls zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht durch Jodl für das OKW in Reims
08. Mai	Bedingungslose Kapitulation der faschistischen Wehrmacht vor den vier Alliierten in Berlin-Karlshorst
09. Mai	Stalin erklärte in seiner Rede zum Sieg über, Hitlerdeutschland, die Sowjetunion beabsichtige nicht, "Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten".
11. Mai	USA-Präsident Truman unterzeichnet die Direktive JCS 1067, die der USA-Militärregierung in Deutschland vorschreibt Deutschland nicht zum "Zwecke der Befreiung", sondern zum besiegten „Feindstaat“ zu besetzen.
14. Mai	Direktive Eisenhowers führt zum Verbot jeder politischen Betätigung, von Partei- und Gewerkschaftsgründungen in den Westzonen, zur Auflösung antifaschistischer Ausschüsse
15. Mai	endgültige Befreiung Jugoslawiens
19. Mai	Demokratischer Magistrat von Groß-Berlin ins Amt eingeführt
05. Juni	Bildung des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Erklärung der Vier Mächte über die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in und über Deutschland
11. Juni	Aufruf der KPD an das deutsche Volk. Aktionsprogramm zur Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands
15. Juni	Aufruf des Zentralausschusses der SPD in Berlin
26. Juni	Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco
17. Juli	Beginn der Berliner (Potsdamer) Konferenz von USA, UdSSR, GB
02. Aug.	Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens
06. Aug.	Atombombenabwurf auf Hiroshima
09. Aug.	Atombombenabwurf auf Nagasaki
14. Aug.	Bedingungslose Kapitulation Japans (2.9. Unterzeichnung der japanischen Kapitulation)
03. Sep.	Provinzialverwaltung Sachsen erlässt Verordnung zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform
03. Okt.	Gründung des Weltgewerkschaftsbundes
05. Okt.	Adenauer propagiert in einem Presseinterview die Bildung eines Bundesstaates aus den 3 Westzonen

20. Nov.	Beginn des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
20./21. Dez.	Konferenz der Parteiführungen von KPD und SPD zur Vorbereitung der Vereinigung

aus dem „**Schwur von Buchenwald**“

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht !

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

W I R S C H W Ö R E N !